

1.2 Aufforderung zur Angebotsabgabe - Verhandlung

Zu „Alle Vergaben“

- (zu 1) Nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) dürfen öffentliche Auftraggeber in Baden-Württemberg öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von **20.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** nur an Unternehmen vergeben, die bei Angebotsabgabe eine schriftliche Tariftreue- oder Mindestentgelterklärung abgeben. Nach § 53 Abs. 1 VgV (bzw. nach § 38 Abs. 3 UVgO bzw. Pkt. 7.7 VwV Beschaffung) sind Unternehmen berechtigt, ihre Angebote insgesamt in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel zu übermitteln. Öffentliche Auftraggeber sind dazu verpflichtet, die elektronische Kommunikation anzuerkennen bzw. vorzugeben. Zur Wahrung der durch das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) bestimmten schriftlichen Form genügt im Sinne vom § 127 Abs. 2 BGB, wenn Unternehmen bei elektronischer Angebotsabgabe in Textform das jeweilige Dokument ausdrucken, unterschreiben und wieder einscannen.

Daher ist bei allen Verfahren bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe - Verhandlung bzw. bei der EU-Aufforderung zur Erstangebotsabgabe/Verhandlung über 20.000.- € netto des Landes Baden-Württemberg unter

Anlagen:

A) die beim Bewerber bzw. Bieter verbleiben und im Verhandlungsverfahren zu beachten sind:

☒ Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung

anzukreuzen und beizufügen.

Des Weiteren ist unter

B) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

☒ Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

anzukreuzen und beizufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Ingenieur- und Architektenleistungen in der Regel nicht vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst werden und daher nur die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt zu verwenden ist.

Beim Regierungspräsidium Stuttgart ist eine Servicestelle eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert ([Servicestelle Landestariftreue- und Mindestlohngesetz \(LTMG\)](#)).

Die Mustererklärungen werden gegebenenfalls geändert. Über den Link gelangen Sie zu der aktuellsten Fassung:

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wirtschaft/tariftreue/seiten/mustererklarungen/>.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg weist darauf hin, dass sich der bundesgesetzliche Mindestlohn ab dem 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro pro Stunde erhöht.